



Bundestags- brief

Nr. 49 • Die Woche im Bundestag • 19. 12. 2008



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Wirtschaft stärken – Schnellschüsse vermeiden:

Am vergangenen Sonntag hat unter Leitung von Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Runde hochrangiger Vertreter von Bundesregierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften sowie führender Wirtschaftswissenschaftler die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf unser Land erörtert. Dabei ging es vor allem um einen gemeinsamen Weg aus der Krise. Klar geworden ist: Wir müssen ruhig und besonnen auf die Krise reagieren. Erforderlich ist jetzt eine sorgfältige Analyse der Lage und der weiteren Handlungsoptionen. Zunächst muss das bereits verabschiedete Investitionsprogramm seine Wirkung entfalten. Ob darüber hinaus weitere Maßnahmen notwendig sind, werden wir sorgfältig prüfen. Auch im Interesse der nachfolgenden Generationen dürfen wir das Geld der Steuerzahler nicht für kurzfristige konjunkturpolitische Strohfeder verausgaben, sondern müssen uns auf wirksame, nachhaltige und zielgenaue Instrumente konzentrieren. Deshalb werden wir insbesondere auf solche Maßnahmen setzen, die keine dauerhafte Belastung für den Bundeshaushalt mit sich bringen. Zweitens werden wir zusätzlich Maßnahmen prüfen, die in einem längerfristigen Sinn in jedem Fall erforderlich sind. Dazu gehören vor allem verstärkte öffentliche Investitionen im kommunalen Bereich.

Menschenrechte weltweit verteidigen:

In der vergangenen Woche hat sich die Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zum 60. Mal gejährt. Dieser Anlass wurde weltweit feierlich begangen. Gerade für uns Deutsche, die wir in zwei schrecklichen Diktaturen gesehen haben, welche Folgen die Missachtung der Menschenrechte haben kann, ist das Jubiläum auch Mahnung für die Zukunft. Wir müssen nicht nur in Deutschland, sondern weltweit für die Achtung der Menschenrechte eintreten. Menschenrechte sind Ausdruck der unveräußerlichen und unantastbaren Würde aller Menschen weltweit und nicht – wie fälschli-

cherweise behauptet wird – eine Erfindung des Westens. Sich weltweit für die Einhaltung der Menschenrechte einzusetzen, liegt auch in unserem nationalen Interesse, denn Staaten, die auf dem Fundament der Menschenrechte stehen, sind stabiler und damit verlässlichere Partner. Wir unterstützen Bundeskanzlerin Angela Merkel, die konsequent für die Einhaltung der Menschenrechte eintritt. Ihr Treffen mit russischen Bürgerrechtlern oder der Empfang des Dalai Lama waren wichtige Signale, dass die deutsche Außenpolitik sich nicht auf wirtschaftliche Interessen reduzieren lässt.

Klima schützen – Wirtschaft wettbewerbsfähig halten:

Im Mittelpunkt der Beratungen auf der letzten Tagung des Europäischen Rates unter französischer Präsidentschaft stand das Energie- und Klimapakete, das einstimmig verabschiedet wurde. Es setzt die unter deutscher Präsidentschaft vereinbarte Klimapolitik der Europäischen Union um. Europa hält damit an seinen ambitionierten Klimazielen fest und wird seiner Vorreiterrolle gerecht. Kein anderes Land oder Region hat bislang Vergleichbares beschlossen oder in die Wege geleitet. Der Europäische Rat hat die Einhaltung seiner Klimaziele nachdrücklich bekräftigt, strebt sogar eine Reduzierung um 30 Prozent an (nach 2012), wenn auch andere Industrienationen sich anschließen. Im Hinblick auf den Emissionshandel hat der Rat beschlossen, mit der Versteigerung der Zertifikate 2013 zu beginnen. Im Bereich der Energiewirtschaft gilt grundsätzlich 100 Prozent Auktionierung der Zertifikate ab 2013. Für Polen, Tschechien, Rumänien, Bulgarien, Litauen, Lettland, Estland, Zypern und Malta wurde eine „Phasing-in“-Auktionierung (von 30 auf 100 Prozent) im Zeitraum 2013 bis 2020 vereinbart. Alle EU-Mitgliedsstaaten können einen Zuschuss bis zu 15 Prozent für Investitionen in hocheffiziente Kraftwerke im Zeitraum 2013 bis 2016 geben.

Für Industriebranchen mit dem Risiko der Verlagerung der Produktion ins Ausland (Carbon Leakage) gibt es eine vollständig kostenlose Zuteilung der Zertifikate, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nicht zu gefährden. Die Liste der betroffenen Branchen wird nach einer Diskussion im Europäischen Rat bis Ende 2009 festgelegt. Für die übrigen Branchen gilt ein „Phasing-in“ der Auktionierung von 30 Prozent auf 70 Prozent in 2020 mit dem Ziel einer 100-prozentigen Versteigerung im Jahr 2027. Für die Mitgliedstaaten gibt es die Möglichkeit, den durch den Emissionshandel verursachten Strompreisanstieg zu kompensieren. Ein Solidaritätsfonds speziell für die neuen Mitgliedstaaten soll ihnen den Übergang zu einer sauberen Energieproduktion erleichtern. Hierfür werden insgesamt 12 Prozent der Zertifikate zur Verfügung gestellt. Für die Finanzierung der Projekte zur CO₂-Abscheidung (CCS) werden im Gegensatz zum Kommissionsvorschlag nun 300 Millionen Euro aufgewendet. Die bereits im Vorfeld des Gipfels erzielten Kompromisse zu CO₂-Autos und erneuerbarer Energie wurden bestätigt. Das Geld aus der Versteigerung der Zertifikate bekommen die Mitgliedstaaten.

Pendlerpauschale wird ohne Gegenfinanzierung wieder eingeführt:

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner Entscheidung zur Pendlerpauschale Rechtsklarheit geschaffen: Die alte Pendlerpauschale gilt ab dem ersten Kilometer. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, das Urteil umzusetzen, ohne die Bürgerinnen und Bürger an anderer Stelle zu belasten. Wir hoffen, dass die Finanzämter nun schnell handeln, damit die Steuerrückerstattung so bald wie möglich auf dem Konto der Bürgerinnen und Bürger landet.

Piraten bekämpfen – Welthandel sichern:

In den letzten Monaten hat die Zahl der Piratenüberfälle im Golf von Aden dramatisch zugenommen. Die Sicherheit eines der wichtigsten Lebensadern des weltweiten Handels ist damit nicht mehr gewährleistet. Deutschland hat an der Sicherung dieser Handekroute ein besonders großes Interesse: Nicht nur ein großer Teil unserer Ausfuhren nach Asien werden darüber transportiert, sondern auch wichtige Rohstoffe, die wir importieren und die auf dem Seeweg zu uns gelangen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt deswegen ausdrücklich die Beteiligung deutscher Streitkräfte an der EU-geführten

Operation ATALANTA. Die Operation soll die vor der Küste Somalias agierenden Piraten abschrecken und bekämpfen. Damit soll zum einen die durch Piratenüberfälle gefährdete humanitäre Hilfe für die Not leidende somalische Bevölkerung sichergestellt werden, zum anderen soll die Operation den zivilen Schiffsverkehr auf den dortigen Handelswegen sichern, Geiselnahmen und Lösegelderpressungen unterbinden sowie das Völkerrecht durchsetzen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte bereits in ihrer im Sommer veröffentlichten Nationalen Sicherheitsstrategie auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Sicherheit der Seewege zu verteidigen. Auch zeigt sich einmal mehr, dass die klare Aufteilung der Aufgaben von Bundeswehr und Polizei angesichts der neuartigen Bedrohungen nicht mehr zeitgemäß ist. Zur Abwehr von Gefahren ist die Bundeswehr nun gezwungen, Polizeiaufgaben zu übernehmen. Auch im Inland kann eine ähnliche Situation entstehen. Wir fordern die SPD deshalb auf, sich nicht länger einer klaren Regelung zum Einsatz der Bundeswehr im Innern zu entziehen, sondern ihrem Kanzlerkandidaten Steinmeier zu folgen, der die Pläne von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble unterstützt hat.

Beratung für Mütter verbessern:

Jedes Jahr werden über 2.000 Abtreibungen nach der 13. Schwangerschaftswoche vorgenommen. Grund dafür ist das Vorliegen einer medizinischen Indikation: Nur wenn nach ärztlicher Erkenntnis eine Gefahr für Leib und Leben der Schwangeren besteht oder mit schwerwiegenden psychischen oder physischen Belastungen zu rechnen ist. Gerade die Diagnose einer vorliegenden Behinderung ihres Kindes stürzt viele Frauen in eine schwere Krise. In dieser ist es wichtig, dass sie eine umfassende Beratung und ausreichende Bedenkzeit erhalten. Die Praxis zeigt, dass dabei erheblicher Verbesserungsbedarf besteht. Die Union hat immer schon deutlich gemacht, dass die aktuell gültige Regelung unzureichend ist und hat bereits in den Koalitionsverhandlungen auf eine Neuregelung gedrängt. Aus diesem Grund ist in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein Gruppenantrag entstanden.

Zu guter Letzt:

Ich wünsche Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches, gesundes und erfolgreiches Jahr 2009.